

Niederschrift

über die 11. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am
07.06.2001
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter (Vertreten)	
Vertreter Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl (Vertreten)	
Vertreter Senft, Harald	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Schallner, Nils (Nicht anwesend)	
Mandat zum 1.6.01 niedergelegt	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Holtermann, Werner	Verwaltung
Peters, Kurt	Verwaltung
Berg, Annette	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Krämer, Guido	Verwaltung
Hein, Manfred	Verwaltung
Dr. Hennen, Karl-Heinz	Verwaltung

Hohmeier, Michael

Verwaltung

Zierul, André

Verwaltung

Boldt, Günther Schriftführer

Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:00 Uhr

Ende der Sitzung 21:37 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- | | | |
|-------|-----------|---|
| Ö 1. | | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit |
| Ö 2. | | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil- |
| Ö 3. | 2001/0254 | Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung |
| Ö 4. | 2001/0192 | Nutzungsvertrag Sportplatz Sandstraße |
| Ö 5. | 2001/0243 | Abschluss eines Nutzungsvertrages zum Altstadtfunkenplatz |
| Ö 6. | 2001/0190 | Einrichtung eines Betreuungsangebotes an der Hermann-Gmeiner-Schule im Rahmen des Programmes "Förderung von Schülertreffs in Tageseinrichtungen für Kinder"; Zuschuss an den Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer Monheim e.V. |
| Ö 7. | 2001/0259 | Gründung des Vereins Marke Monheim e.V. als anerkannte Stadtmarketingorganisation |
| Ö 0. | | Bürgerfragestunde |
| Ö 8. | 2001/0247 | Einführung des Müllverwiegesystems in Monheim am Rhein - Säuglingswindeln und Inkontinenzabfälle- |
| Ö 9. | 2001/0175 | Befreiung von der Haushaltssperre
Zuwendungen Förderung Gartenbau, Sauerländischer Gebirgsverein, DRK |
| Ö 10. | 2001/0216 | Befreiung von der Haushaltssperre
Verschiedene Haushaltsstellen Sozialbereich |
| Ö 11. | 2001/0171 | Befreiung von der Haushaltssperre
Verschiedene Haushaltsstellen Bereich Jugend |
| Ö 12. | 2001/0209 | Teilweise Aufhebung der Haushaltssperre
Verschiedene Haushaltsstellen Bereich Bildung und Kultur |
| Ö 13. | 2001/0250 | Befreiung von der Haushaltssperre
Zuwendung Freiwillige Feuerwehr |
| Ö 14. | 2001/0164 | Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
Umlage Berufsschulzweckverband Opladen |

- Ö 15. 2001/0182 Satzung zur 5. Änderung der 'Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein'
- Ö 16. 2001/0246 Einführung des Euro
- Ö 17. 2001/0256 Finanzbericht des Fachbereiches 1 für die Monate Januar bis April 2001
- Ö 18. 2001/0261 Finanzbericht der Zentralen Dienste für die Monate Januar bis April 2001
- Ö 19. Mündliche Anfragen
- Ö 20. Mündliche Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

NÖ 21.		Feststellung der Beschlussfähigkeit
NÖ 22.		Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
NÖ 23.	2001/0257	Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung
NÖ 24.	2001/0251	Personalangelegenheit
NÖ 25.	2001/0252	Personalangelegenheit
NÖ 26.	2001/0183	Vertragsangelegenheit
NÖ 27.	2001/0233	Vertragsangelegenheit -
NÖ 28.	2001/0238	Vertragsangelegenheit (Berliner Viertel)
NÖ 29.	2001/0242	Rechtsangelegenheit
NÖ 30.	2001/0188	Grundstücksangelegenheit
NÖ 31.	2001/0258	Grundstücksangelegenheit
NÖ 32.	2001/0179	Genehmigung einer dringlichen Entscheidung - Überplanmäßige Mittelbereitstellung Grundstücksangelegenheit-
NÖ 33.		Mündliche Anfragen
NÖ 34.		Mündliche Mitteilungen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Vor Beginn der Sitzung erklärt der Bürgermeister, dass die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses von einer massiven Presseberichterstattung begleitet werde, die offensichtlich von Ratsmitgliedern nachhaltig betrieben und gefördert wird. Denn immer wieder würden nichtöffentliche Vorlagen zu Rats-, Ausschuss- und Aufsichtsratsitzungen vor den eigentlichen Beratungen in die Öffentlichkeit gelangen. Es gehe hierbei heute um die Beratung einer Vorlage für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung über Nutzungseinschränkungen für das Bürgerhaus Baumberg, über deren Inhalt sich die Bürger und Vertreteter der Parteien empört gezeigt hätten. Diese Vorabinformation der Presse würde beweisen, dass offensichtlich einige Ratsmitglieder noch nicht begriffen hätten, was die Vertraulichkeit von Informationen, die Vorgaben des Datenschutzes und die Nichtöffentlichkeit einer Ausschussvorlage bedeuten würden. Bei einigen Ratsmitgliedern würde die Gier nach Presseöffentlichkeit und persönlicher Profilierung kaum Grenzen finden. Er kündige daher an, dass künftig in begründeten Fällen oder bei wichtigen

Angelegenheiten keine Begründung mehr von der Verwaltung geliefert werde. Statt dessen würde nur der Verhandlungsstand mitgeteilt. Er werde dieses Vorgehen mit der Kommunalaufsicht abstimmen. So gehe es zumindest nicht weiter.

Ebenso unerträglich seien die Angriffe auf seine Person und die öffentliche Scheltung seines Mitarbeiters Herrn Uwe Trost, der die umstrittene Vorlage in Sachen Bürgerhaus gefertigt und dafür erhebliche Kritik aus dem politischen Raum habe einstecken müssen. Der Bürgermeister stellt sich demonstrativ vor Herrn Trost. Alle Mitarbeiter würden versuchen, ihr bestes zu geben und hätten einen Diensteid geleistet. Abschließend appelliert er an alle Mitglieder des Rates, zu überlegen, ob man nicht gut daran täte, einen besseren politischen Stil zu pflegen.

Ratsherr Jelinek von der der SPD-Fraktion betont lautstark, dass er sich diese angekündigten Einschränkungen vom Bürgermeister nicht bieten lasse. Er sei seit 1976 im Rat der Stadt und lasse sich nicht verdächtigen.

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Vorlage "Vertragsangelegenheit Bürgerhaus" im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zurückgezogen werde. Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, dass nach der Geschäftsordnung der Ausschuss über die Absetzung eines Punktes beschließen müsse. Vom Bürgermeister wird entgegnet, dass die Vorlage von der Verwaltung zurückgezogen werde. Falls gewünscht, könne der Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil aufgerufen und beraten werden. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen bittet, ohne eine Beschlussfassung so zu verfahren.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

Ö 3. 2001/0254 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

Ö 4. 2001/0192 Nutzungsvertrag Sportplatz Sandstraße

Seitens der SPD-Fraktion wird erklärt, vom Grundsatz her der Vorlage zuzustimmen. Aus Sicht der SPD-Fraktion kommen jedoch die Interessen der Stadt im Vertrag zu kurz. Man habe daher eine Reihe von Veränderungs- bzw. Ergänzungsanforderungen ausgearbeitet, die mit dem Verein behandelt und abgestimmt werden sollten. Die einzelnen Punkte werden von der SPD-Fraktion vorgetragen (s. Anlage).

Der Bürgermeister bemerkt, dass diese Vorschläge geprüft und ggfls. eingearbeitet würden. Eine Beschlussfassung könne dann im Rat am 21.06.01 erfolgen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, es sei schlecht, über diese umfangreichen Änderungsvorschläge jetzt abzustimmen. Das vom Bürgermeister vorgeschlagene Verfahren auf Vertagung der Vorlage bis zur Ratssitzung halte er für begrüßenswert. Die CDU-Fraktion schließt sich diesem weiteren Verfahren an. Von der Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P. wird ebenfalls noch eine Liste mit Fragen bzw. Änderungsvorschlägen eingebracht, die mit beraten werden soll (s. Anlage).

Der Bürgermeister erklärt zum weiteren Verfahren, sich mit den ergänzenden Vorschlägen der SPD-Fraktion und der Fraktion MBM/F.D.P. mit dieser Vorlage bis zur nächsten Ratssitzung zu vertagen. Die Verwaltung werde dann detailliert die Punkte liefern, die man unmittelbar einfügen könne und die Änderungsvorschläge erläutern, die man nicht berücksichtige. Zudem sei dann auch eine kurze Notiz zu den Gesprächsergebnissen mit dem Vertragspartner vorgesehen. Diesem Verfahrensvorschlag wird vom Ausschuss einstimmig zugestimmt.

Ö 5. 2001/0243 Abschluss eines Nutzungsvertrages zum Altstadtfunkenplatz

Zu den angesprochenen Anlagen zum Nutzungsvertrag (Anlage 1 Lageplan und Anlage 2 Bepflanzung) fragt der Vorsitzende der CDU-Fraktion, ob es insbesondere zu der Anlage 1 Änderungsvorstellungen gebe. Das wird von der Verwaltung verneint.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, sie verstehe es so, dass man den Vertrag, wenn er fertig ist, dann mit den Anlagen nochmal zu sehen bekomme. Zudem möchte man eventuelle finanzielle Auswirkungen gelegentlich genannt bekommen. Ansonsten würde man dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Die Verwaltung ergänzt, dass die Kosten in dem Zuschussantrag zur EUROGA enthalten sind.

Der Ausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den in der Anlage 1 beigefügten Nutzungsvertrag, in seinen wesentlichen Grundzügen, abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 6. 2001/0190 Einrichtung eines Betreuungsangebotes an der Hermann-Gmeiner-Schule im Rahmen des Programmes "Förderung von Schülertreffs in Tageseinrichtungen für Kinder"; Zuschuss an den Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer Monheim e.V.

Der Ausschuss beschließt:

1. Der Einrichtung einer Betreuungsgruppe an der Hermann-Gmeiner-Schule im Rahmen des SiT-Programmes wird zugestimmt
2. Der Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer Monheim e.V. erhält im Haushaltsjahr 2001 zur Durchführung der Nachmittagsbetreuung von Kindern an der Hermann-Gmeiner-Schule ab 20.08.2001 einen Zuschuss in Höhe des nachgewiesenen Fehlbetrages, höchstens jedoch 5.000,00 DM. Für das Haushaltsjahr 2002 wird für diese Maßnahme (Januar 2002 bis Dezember 2002) ein Betrag von 15.000,00 DM in die Haushaltsplanberatungen aufgenommen; bewilligt wird ein Zuschuss in Höhe des nachgewiesenen Fehlbetrages,

höchstens jedoch 15.000,00 DM.

Der Zuschuss wird unter der Voraussetzung gezahlt, dass über das Landesprogramm „Förderung von Schülertreffs in Tageseinrichtungen“ Zuwendungen zu der Maßnahme gewährt werden.

- Über die Verwendung der Mittel ist gegenüber der Stadt ein Verwendungsnachweis zu führen, der alle Einnahmen und Ausgaben der Maßnahme enthält.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 7. 2001/0259 Gründung des Vereins Marke Monheim e.V. als anerkannte Stadtmarketingorganisation

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Vorlage seine Zustimmung findet. Bis zur Ratssitzung sollte jedoch noch präzisiert werden, was für Ausgaben entstehen. Er halte den letzten Satz in der Sachdarstellung nicht für ausreichend.

Der Bürgermeister entgegnet, dass das bis zur Ratssitzung kaum zu beziffern sei. Er halte nähere Angaben dazu auch für ausgeschlossen, da die Entwicklung des Vereins nachher dies maßgebend mit prägt. Er sei der Auffassung, daher keinen Vorbehaltsbeschluss zu fassen. Es gehe erst einmal um die Gründung des Vereins und noch nicht um die Frage, mit welchen sächlichen oder personellen Mitteln der Verein ausgestattet werden muss. Die Verwaltung werde sich jedoch bemühen, bis zur Ratssitzung konkreteres zu unterlegen, insbesondere detailliert aufzulisten, was man als Stadt für Repräsentationsmittel und an Marketingmitteln etatisiert habe. Zudem weise er darauf hin, dass man satzungsmäßig bewusst die Form eines Stadtmarketingvereins gewählt habe, um auch noch zu versuchen, in den Genuss von Fördermitteln zu kommen. Aber das sei auch noch nicht geklärt.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, dass man die Gründung dieses Vereins ausdrücklich unterstütze. Es sei dringend an der Zeit, dass hier eine Bündelung aller an der Präsentation Monheims nach innen und nach außen Interessierten durchgeführt wird.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, man halte es zwar für positiv, wenn in der Stadt etwas passiere, was zur Verbesserung des Images beitrage. Wichtig sei allerdings, dass bestehende Organisationen in der Stadt, die bisher auch schon gute Arbeit in Richtung Stadtmarketing geleistet haben, mit eingebunden und deren Erfahrungen genutzt werden. Es werden von ihr weitere Fragen gestellt bzw. Anregungen, insbesondere auch zu § 13 der Satzung - Rechnungsprüfung - sowie § 7 Abs. 3, gegeben. Zusammengefasst werde erklärt, dass man keine Probleme damit habe, wenn sich eine Einrichtung in der Stadt verstärkt um das Stadtmarketing kümmert. Eine Zusammenführung bestehender Organisationen, auch eine Beteiligung der Stadt daran, kann nur unterstützt werden. Eine Kontrolle oder eine Gesamtübersicht über den Verein müsse jedoch hier im Rahmen der Stadt bleiben und die konkrete Ausgestaltung des Vereins müsse noch mal in dieses Gremium zurückkommen. Die Vorlage sei heute noch nicht entscheidungsreif.

Der Bürgermeister schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Klarheit halber wie folgt zu ergänzen: "Der Beschluss ergeht unter dem Vorbehalt, dass damit noch keine Aussage zu wirtschaftlichen Auswirkungen gemacht wird." Das bedeute, dass alles das, was an finanzieller Kraft in den Verein fließe, eines weiteren Beschlusses der zuständigen Gremien bedürfe. Mit einer Kontrolle habe man keine Probleme, wenn man hinreichend Gebrauch von den Unterrichtspflichten nach § 113 GO NRW mache. Der Kontrollmechanismus sei durch das bestehende Recht gegeben. Zu der angesprochenen Rechnungsprüfung würde er vorschlagen, § 7 Abs. 6 Buchst. f) wie folgt zu ergänzen:, die entweder vom Rechnungsprüfungsamt zu stellen sind oder wovon mindestens ein Prüfer/in von der Rechnungsprüfung zu bestellen ist.- Für die

Ratssitzung werde eine entsprechende Formulierung nach Rücksprache mit dem Leiter der Rechnungsprüfung vorgelegt.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, dass bei nächster Gelegenheit festgestellt wird oder man sich zu gegebener Zeit darüber unterhalte, inwieweit der Kostenbetrag der Stadt gedeckelt werden kann. Darum könne es doch nur gehen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, dass es gegebenenfalls - wie vom Bürgermeister angesprochen - öffentliche Fördermittel gibt, diese dann doch sicherlich an Bedingungen geknüpft sind. Es wäre doch hilfreich, wenn man diese Förderbedingungen mit bekommen könnte.

Der Bürgermeister sagt zu, die Kosten und die Förderrichtlinien zur Ratssitzung vorzulegen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden um den Punkt 3 erweiterten Beschluss zu fassen:

1. Der Bürgermeister wird auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Satzungsentwurfes ermächtigt, zur Gründungsversammlung einzuladen, die im Zusammenhang mit der Vereinsgründung erforderlichen Maßnahmen durchzuführen und notwendige Erklärungen abzugeben.
2. Die Stadt Monheim am Rhein wird Gründungsmitglied.
3. Der Beschluss ergeht unter dem Vorbehalt, dass damit noch keine Aussage zu wirtschaftlichen Auswirkungen gemacht wird.

Abstimmungsergebnis:

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)

Enthaltungen 5 Stimmen (SPD)

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 19.03 Uhr

1. Ein Bürger äußert, dass die Benutzung des Wertstoffhofes heute wegen einer Bombenentschärfung teilweise nicht möglich war. Er fragt, ob der Bürgermeister es für eine angemessene Reaktion halte, dass der städtische Ordnungsdienst Anlieferern unter Hinweis auf das bestehende Halteverbot untersagte, Abfälle auf den Hof zu tragen und sie zwang, in den Hof einzufahren, um das Chaos dort noch zu vergrößern.

Der Bürgermeister erwidert, dass dann, wenn vor Ort ein verantwortlicher Mitarbeiter Entscheidungen trifft, er davon ausgehe, dass diese seitens des Verwaltungsvorstandes voll mitgetragen werden können. Er kenne in diesem Fall die konkrete Situation vor Ort nicht. Er werde sich aber aufgrund des Wortbeitrages darüber nochmal informieren. Falls eine unangemessene Reaktion vorliege, werde das hausintern geklärt. Er gehe aber davon aus, dass der zuständige Ordnungsdienstleiter eine korrekte Entscheidung getroffen habe.

Der Leiter des Ordnungsdienstes bemerkt, dass die Situation wegen der Bombenmeldung vorlag. Der Wertstoffhof liege genau in dem 250-Meter-Radius, wo man auch tatsächlich räumen musste. Bei den Evakuierungsmaßnahmen hätte keine andere Möglichkeit bestanden.

Der Bürger ergänzt, dass die Sache außerhalb der Bombenentschärfung gelegen hätte. Der Bürgermeister erklärt, er werde sich das konkret anschauen.

2. Ein Bürger (Ratsherr v. Wallis) fragt, wieviel Kosten die Rechtsgutachten zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens verursacht haben und aus welchem Haushaltstitel sie beglichen worden sind.

Der Bürgermeister erwidert, dass zwei Gutachten erstellt worden sind, das eine habe 2.500,-- DM und das andere 3.300,-- DM gekostet. Die Kosten seien aus dem Haushaltstitel "Rechtsberatung" beglichen worden. Da Ratsherr v. Wallis die Anfrage auch schriftlich gestellt habe, werde er auch hierzu noch näher schriftlich Stellung nehmen.

Ende: 19.15 Uhr

Ö 8. 2001/0247 Einführung des Müllverwiegesystems in Monheim am Rhein - Säuglingswindeln und Inkontinenzabfälle-

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion führt aus, dass man massive Zweifel an der praktischen Durchführung habe. Das Verfahren helfe den Bürgern nicht und es koste nur eine Menge Geld. Der Vorlage könne man so nicht zustimmen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, dass man mit der Vorlage auch Schwierigkeiten im Detail habe. Es sei natürlich eine Umwälzung, wenn man weggehe vom Wahrscheinlichkeitsgebührenmaßstab, bei dem alle gleich behandelt würden. Im kommunalen Gebührenrecht gehe es eben nicht darum, alle gleich zu behandeln, sondern die Gebühren danach zu erheben, wer die Leistungen in Anspruch nimmt. Die Grünen hätten den Standpunkt vertreten, dass man das Verursacherprinzip in den Vordergrund stellt. Dadurch solle auch ein Anreiz geschaffen werden, dass die Bürger ihren Müll besser sortieren und Müll vermeiden. Dass es im Detail Probleme gebe, sehe man an dieser Vorlage. Im Grundsatz müsse es aber heißen, wer mehr Müll verursacht, müsse dafür auch bezahlen, wer Müll spart, soll davon auch profitieren.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, man müsse dafür sorgen, dass der Müll, soweit es geht, fraktioniert wird und damit die Restmüllmenge, die verbrannt werden soll, so klein wie eben möglich gehalten wird. Dies gelingt letzten Endes nur über den Geldbeutel, nämlich über das Verursacherprinzip. Dazu sei dann zu recht die Überlegung ins Spiel gebracht worden, die Mehrbelastung der Haushalte, die mit Windeln zu tun haben, mindestens zu einem Teil abzufangen. Dabei müsse aber auch gesagt werden, dass in Haushalten, die auch in der Vergangenheit schon Windeln produziert haben, die Mülltonnen vom Volumen her oft nicht ausgereicht haben und deshalb eine größere Tonne geordert worden sei. Eine größere Tonne habe aber auch damals schon mehr gekostet. Also sei das alles gar nicht so neu. Deshalb schlage man vor, den Weg über den zusätzlichen Windelsack, der zu ca. 20% im Vergleich zu der Gewichtsabrechnung subventioniert wird, zu gehen. Das schein ein ganz vernünftiger Ansatz zu sein, um auch diesem berechtigten Anliegen nachzukommen. Organisatorisch werde in der Vorlage zwar nicht alles im einzelnen beschrieben, aber letztlich werde das Problem sicherlich nicht so groß wie befürchtet.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde, da er das Bonusmodell für besser und einfacher halte. Der Verwaltungsaufwand sei nach seiner Meinung nicht so hoch.

Einzelfragen werden von der Verwaltung beantwortet. Aufgrund der Ausführungen der Verwaltung erklärt der Bürgermeister, dass der Beschlussvorschlag konkretisiert werden sollte dahingehend, zunächst eine Erprobungsphase bis zum 31.12.2001 durchzuführen und dann aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse weiter zu fahren. Der Beschlussvorschlag mit dieser Ergänzung wird vom Bürgermeister zur Abstimmung gestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss

1. Ab dem 01.07.2001 können Windelsäcke zu einem Preis von 5,- DM im Bürgerbüro erworben werden und zur getrennten Sammlung von Inkontinenzabfällen oder Säuglingswindeln verwandt werden.
2. Die Sammlung der Säcke und der Transport zur Umladestation Langenfeld-Immigrath erfolgt durch den städtischen Betriebshof. Dieses Angebot wird zunächst im Probebetrieb bis zum 31.12.2001 befristet. Über das weitere Verfahren wird sodann entschieden.

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Ö 9. 2001/0175 Befreiung von der Haushaltssperre Zuwendungen Förderung Gartenbau, Sauerländischer Gebirgsverein, DRK

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Zuwendung zur Förderung des Gartenbaus in Höhe von 300,00 DM, der Zuschuss zur Markierung regionaler Wanderwege an den Sauerländischen Gebirgsverein in Höhe von 110,00 DM und der Mietkostenzuschuss an den Nachrichtenzug des DRK in Höhe von 3.600,00 DM wird weiterhin bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 10 2001/0216 Befreiung von der Haushaltssperre Verschiedene Haushaltsstellen Sozialbereich

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Von der Haushaltssperre wird bei den aufgelisteten Haushaltsstellen aus dem Sozialbereich befreit.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 11. 2001/0171 Befreiung von der Haushaltssperre Verschiedene Haushaltsstellen Bereich Jugend

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Von der Haushaltssperre wird bei den aufgelisteten Haushaltsstellen Bereich Jugend befreit.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 12. 2001/0209 Teilweise Aufhebung der Haushaltssperre
Verschiedene Haushaltsstellen Bereich Bildung und Kultur**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Von der Haushaltssperre wird bei den aufgelisteten Haushaltsstellen Bereich Bildung und Kultur befreit.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 13. 2001/0250 Befreiung von der Haushaltssperre
Zuwendung Freiwillige Feuerwehr**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Zuwendung zur Förderung der Kameradschaftspflege innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr in Höhe von DM 6.800,00 wird weiterhin bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 14. 2001/0164 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
Umlage Berufsschulzweckverband Opladen**

Ein Sprecher der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die Zahlen eigentlich bekannt waren. Es stelle sich die Frage, warum bei der betreffenden Haushaltsstelle zu wenig eingesetzt worden sei. Die Verwaltung erwidert, dass es sich nicht um einen Nachschlag des Berufsschulzweckverbandes handelt, sondern um eine Anpassung des diesjährigen Ansatzes an die von der Zweckverbandsversammlung festgesetzten Umlage. Ggfls. habe ein Kommunikationsproblem hier im Hause bestanden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Zu Gunsten der Haushaltsstelle 2.2400.9830.01 "Umlage Berufsschulzweckverband Opladen" wird einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 46.393,00 DM zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 15 2001/0182 Satzung zur 5. Änderung der 'Gebührensatzung zur
Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung)
der Stadt Monheim am Rhein'**

Die Verwaltung weist darauf hin, dass bereits zur Fachausschusssitzung kleinere redaktionelle Änderungen in die Vorlage eingefügt worden sind.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bemerkt, in einer Vorlage im nichtöffentlichen Teil sei davon die Rede, dass zwei zusätzliche Mitarbeiter befristet im zentralen Außendienst speziell für den Müll eingestellt werden sollen. Sie fragt, ob diese Kosten in den bei den Müllgebühren aufgelisteten Personalkosten schon berücksichtigt sind. Da dies von der Verwaltung verneint wird, äußert die Vorsitzende der SPD-Fraktion, sie sei der Auffassung, dass es korrekt sei, wenn diese Kosten noch aufgenommen werden.

Der Bürgermeister erwidert, dass dies begrenzt der Fall sein könnte, wobei von der Verwaltung sehr sauber ermittelt werden müsste, wie groß der Bruchteil des Personaleinsatzes ist, der auf die konkrete Müllkontrollmaßnahme entfällt. Im Augenblick wisse man aber noch nicht einmal, ob die beiden Bewerber, denen man ein Angebot bieten wolle, aufgrund der Verdienstmöglichkeiten überhaupt zugreifen. Es sehe eher so aus, dass sie das Angebot ausschlagen. Von daher könne es durchaus sein, dass 2 Bewerber in Betracht kommen, die über das Projekt "Arbeit statt Sozialhilfe" finanziert würden. Vieles sei also ungeklärt. Die jetzt berechneten Gebühren müssten geändert werden, ggfls. nur um einen geringfügigen Prozentsatz, der aber aufgrund der ungeklärten Personalkosten nicht festgesetzt werden könne. Verwaltungsseitig werde daher bevorzugt, jetzt zunächst an den bisher kalkulierten Gebühren festzuhalten und dann am Jahresende zu sehen, wie die Maßstäbe zu setzen sind.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass es nur so gehe. Es werde doch keiner dadurch benachteiligt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen

Die Satzung zur 5. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 20.12.1996 in der Fassung vom 22.12.2000“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung sowie die Gebührenkalkulation sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Ö 16. 2001/0246 Einführung des Euro

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zu Kenntnis.

Ö 17. 2001/0256 Finanzbericht des Fachbereiches 1 für die Monate Januar bis April 2001

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Finanzbericht des Fachbereiches 1 zur Kenntnis.

Ö 18. 2001/0261 Finanzbericht der Zentralen Dienste für die Monate Januar bis April 2001

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Finanzbericht der Zentralen Dienste zur Kenntnis.

Ö 19. Mündliche Anfragen

Ö 19.1 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Gronauer (CDU); "Brandschutzbedarfsplan"

Rats Herr Gronauer äußert, dass die Verwaltung dabei sei, einen Brandschutzbedarfsplan zu ermitteln. Er gehe davon aus, dass im nächsten Haupt- und Finanzausschuss einiges dazu erläutert wird. Er würde es von daher begrüßen, wenn es möglich wäre, vorher einen Ortstermin bei der Feuerwehr einzurichten, um dann die Zahlen, die man später vorgetragen bekomme, dort anhand sachkundiger Führung und Besichtigung des Materials erläutert zu bekommen.

Der Bürgermeister erwidert, dass es selbstverständlich durchaus sinnvoll sei, wenn der Ausschuss das wünsche, dort einen Termin vor Ort zu machen. Die Verwaltung fügt hinzu, dass der Brandschutzbedarfsplan im Rat zu beschließen ist. Er wird also, wenn er von einem externen Gutachter erstellt ist, hier vorgelegt. Er umfasst nicht nur mögliche Ausstattungen personeller, räumlicher und sächlicher Art, sondern er gibt auch strategische Empfehlungen, die beschlossen werden sollten. In diesem Zuge würde es sich dann, wenn man die Informationen habe, die im Brandschutzbedarfsplan stehen, lohnen, eine Ortsbesichtigung zu machen.

Ö 19.2 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Rats- Herrn Dr. Müller; "Sandberg-Sporthalle"

Rats Herr Dr. Müller führt aus, dass man in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport das Gutachten über die brandschutztechnische Situation bei der Nutzung der Sandberg-Sporthalle erhalten habe. Das sei Anlass gewesen, sich zu erinnern, was in der Vergangenheit gelaufen ist. Er präsentiert sodann einige Zitate aus Niederschriften. So habe z.B. die CDU-Fraktion im März 1995 im Schulausschuss bereits auf die Problematik der außerschulischen Nutzung der Halle hingewiesen. Zusammenfassend sei festzustellen, das alles, was der Gutachter in der letzten Woche vorgetragen habe, nicht kongruent sei mit den bisherigen Aussagen. Alles müsse sich ja in Protokollen oder in den Verträgen wiederfinden lassen. Er würde Wert darauf legen, dass der Rat vollständig über diese Vorgänge informiert wird. Es müsse aufgearbeitet werden, wer letzten Endes es zu verantworten hat, dass in der Vergangenheit dort Veranstaltungen mit 1300 bis 1400 Menschen durchgeführt worden sind, wo klar sein musste, dass bei 800 bis 900 Personen aus Sicherheitsgründen eine Grenze zu setzen ist. Er bittet die Verwaltung um schriftlichen Bericht über die bisher stets erteilten Genehmigungen in einer der nächsten Ratssitzungen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung das aufnehme und entsprechend verfahren werde. Er weise jedoch nochmal auf die Problematik hin. Man habe hier eine sehr schwierige Situation. Er werde versuchen, diese Frage mit dem Veranstalter an einem "runden Tisch" zu erörtern. Der Termin liege sicherlich noch vor der Sommerpause.

Ö 19.3 Mündliche Anfragen der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Rats- frau Hengsberger; "Vertrauensvolle Zusammenarbeit" ,"Sandberg-Sporthalle" und "Firma Thyssen"

Zum Thema "Sandberg-Sporthalle fragt Ratsfrau Hengsberger, ob die Verwaltung im Anschluss an das, was Ratsherr Dr. Müller ausgeführt habe, darlegen könne, wie die bisherigen Schritte waren und was in der Vergangenheit sichergestellt worden sei. Sie wolle das jetzt nicht diskutieren, sondern nur ergänzen, was Ratsherr Dr. Müller gesagt habe.

Zu der eingangs der heutigen Sitzung vom Bürgermeister vorgetragenen Erklärung zur vertrauensvollen Zusammenarbeit erklärt sie, dass sie jegliche Vorwürfe, die im Raum stehen und wer, wo, was herausgegeben habe, zurückweise. Sie fragt dann, ob man davon ausgehen könne, dass in Zukunft diese vom Bürgermeister eingeforderte vertrauensvolle Zusammenarbeit, das Nichtherausgeben von Informationen, darin besteht, dass auch Informationen, die der Bürgermeister zu geben hat, nicht aus der Presse zu entnehmen sind.

Der Bürgermeister entgegnet, dass davon auszugehen sei, dass der Bürgermeister keine vertraulichen Daten seiner Verpflichtung zuwider herausgegeben hat und auch in Zukunft nicht tun wird. Er weist darauf hin, dass der Bürgermeister in seiner Person als Aufsichtsratsvorsitzender hier oder dort Verpflichtungen hat, die Öffentlichkeit zu informieren. Jetzt gehe es allerdings konkret darum, dass nichtöffentliche Vorlagen an die Öffentlichkeit gelangen. So sei es ein Unding, dass das Strategiepapier, dass er in einem interfraktionellen Gespräch in dieser Woche vorgetragen habe, in der Presse nachzulesen war. Es sei halbwegs unschädlich, so lange keine Personen angegriffen werden. Schädlich werde es dann, wenn es um Vertragsverhandlungen gehe. Er werde alle Möglichkeiten prüfen, wie hier präventiv vorgegangen werden kann. Öffentlichkeitsarbeit müsse sein, aber nicht so.

Ratsfrau Hengsberger weist darauf hin, der Bürgermeister habe in der Vergangenheit ein paar mal angekündigt, dass die Firma Thyssen auf dem Shellgelände ein Grundstück übernimmt. Sie fragt nach dem Stand der Angelegenheit.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Sache bisher weder positiv noch negativ entschieden sei. Man warte tagtäglich auf eine entsprechende Botschaft. Ggf. müsse die Sache sehr kurzfristig im interfraktionellen Gespräch unter dem Punkt "Wirtschaftsförderung" erörtert werden, eventuell auch noch vor der Sommerpause.

Ö 20. Mündliche Mitteilungen

Die Kämmerei gibt einen Bericht über die städtische Haushaltslage. Im Rat am 21.6.01 werde eine Vorlage eingebracht, in der die Verwaltung die Eckdaten 2002 vorstellen wird. Alles weitere könne den Finanzberichten der Fachbereiche entnommen werden. Der Nachtragshaushalt sehe z.Zt. einen Zuschussbedarf in Höhe von 14,5 Mio DM für das Jahr 2001 vor, wobei da schon 3,5 Mio DM an Rücklagenentnahme, die man als Überschuss aus dem Jahr 2000 hatte, mit eingerechnet ist.

Der Bürgermeister erklärt, dass man in der nächsten Ratssitzung ausführlich die Haushaltslage darlegen werde. Die Haushaltssituation sei das Resultat, wenn eine Stadt von drei großen Gewerbesteuerzahlern abhängig ist.